

## Krieg in der Ukraine Kritik an Hilfsorganisation, Panzerfäuste für Selenskij und ein Oligarch in Istanbul

# Das Dilemma der Neutralität

Ukraine wirft dem Internationalen Roten Kreuz Beteiligung an Zwangsdeportationen vor. Nützen die Helfer Moskau?

VON CATHRIN KAHLWEIT  
UND ISABEL PFAFF

**Wien/Bern** – Auf dem Video sind spielende Kinder und wartende Erwachsene zu sehen, dahinter Busse, in den Fenstern Fahnen mit rotem Kreuz auf weißem Grund. Wer immer den kurzen Film ins Netz gestellt hat, behauptet, darauf seien ukrainische Flüchtlinge außerhalb von Mariupol zu sehen, die mithilfe des Roten Kreuzes gegen ihren Willen nach Russland deportiert würden. Das Video wird vielfach geteilt, allerdings: Weder sieht man darauf Menschen, die in Busse gezwungen werden, noch ist erkennbar, dass die Markierungen der Busse tatsächlich von der Hilfsorganisation stammen würde.

Gleichwohl verbreitet sich in der Ukraine seit Tagen mit Windeseile das Gerücht, das Internationale Rote Kreuz (IKRK) kooperiere mit Russland bei der Verbringung von Ukrainern über die russische Grenze. Zu den Vorwürfen trägt bei, dass IKRK-Präsident Peter Maurer unlängst in Moskau war und sich, vertraut lächelnd, im Gespräch mit Außenminister Sergej Lawrow zeigte. Befeuert werden die Gerüchte überdies durch die Behauptungen, das Rote Kreuz wolle im russischen Rostow, nah der ukrainischen Grenze, mit russischer Billigung eine Art Stützpunkt oder Lager einrichten – um Vertriebene zu versorgen.

Tatsächlich vermischen sich hier offenbar Fakten, Politik und Diplomatie. Unbestritten – auch von russischer Seite – ist, dass Zehntausende Ukrainer aus den besonders stark umkämpften Regionen rund um Mariupol, Sumy und Tschernihiw nach Russland gebracht wurden. Freiwillig und zu ihrem eigenen Schutz, betont Moskau regelmäßig. Das wiederum bestreitet empört die ukrainische Regierung, und das bestreiten auch Menschen, die gegen ihren Willen über die Kontaktlinie entweder nach Russland oder in die sogenannten Volksrepubliken verschleppt wurden.

**Das Rote Kreuz sieht sich mit „gezielten Angriffen“ diskreditiert**

Zahlreiche ukrainische Medien, aber auch etwa die BBC, haben mit Deportationsopfern gesprochen. Sie berichten, man habe ihnen Pässe und Telefone abgenommen, sie stundenlang befragt, im Unklaren gelassen, wo sie hingebracht würden, und ihnen versichert, sie könnten jederzeit zurückkehren. Das habe sich als Lüge erwie-

sen. Nur einige wenige schafften es mithilfe von russischen Freunden ins Ausland.

Die ukrainische Vizepremierministerin Iryna Wereschtschuk forderte das Rote Kreuz daraufhin auf, dafür zu sorgen, dass Verschleppte über humanitäre Korridore zurückkehren könnten, „sonst beteiligen Sie sich an einem Kriegsverbrechen“. Dem schlossen sich umgehend andere, hochrangige ukrainische Politiker mit Kritik an der Untätigkeit des IKRK an.

**Manche Diplomaten meinen, das IKRK gehe Autokraten wie Assad zu wenig an**

Das Außenministerium in Kiew forderte Nato und EU überdies auf, gegen den Bruch des Völkerrechts und der Menschenrechtskonvention vorzugehen, die diese Deportationen darstellten. Der Stadtrat von Mariupol spricht von mindestens 15 000 Verschleppten. Immer wieder schwingt dabei der Vorwurf mit, das Rote Kreuz setze sich nicht genug für Fluchtkorridore ein, schweige zu den Deportationen und paktiere auf diese Weise mit Moskau.

In Genf, wo die Hilfsorganisation ihren Sitz hat, streitet man die Vorwürfe ab. Das IKRK bezeichnet sie als „vorsätzliche, gezielte Angriffe, die falsche Narrative und Desinformation verwenden, um das IKRK zu diskreditieren“. Die Anschuldigungen hätten das Potenzial, „echten Schaden anzurichten“ für die Helfer vor Ort und auch für die Menschen in der Ukraine. In einer Mitteilung vom Dienstag erklärt das IKRK, man beteilige sich nicht an Zwangsevakuierungen von ukrainischen Zivilisten nach Russland. „Wir würden niemals eine Operation unterstützen, die gegen den Willen der Menschen verstößt.“ Zu dem angeblich geplanten Zentrum in Rostow heißt es, man „diskutiere“ lediglich, dort ein Büro zu eröffnen, als Teil einer generellen Ausweitung der Aktivitäten in der Region, um der „massiven humanitären Krise“ zu begegnen. Es gehe keinesfalls darum, Ukrainer „herauszufiltern“. Ein Lager werde in Rostow nicht eröffnet.

Schließlich thematisiert die Organisation auch das umstrittene Treffen ihres Präsidenten mit dem russischen Außenminister am vergangenen Donnerstag: Diplomatische Treffen „mit allen Seiten“ – man habe sich kurz zuvor auch mit der ukrainischen Regierung ausgetauscht – seien verankert im internationalen Völkerrecht, es gehe einzig um das Einstehen für Zivilisten, die im Konflikt eingeschlossen seien.



Zu unkritisch? Peter Maurer (l.), Präsident des IKRK, beim Treffen mit Russlands Außenminister Sergej Lawrow in Moskau am 24. März. FOTO: MIRILL KUDRYAVTSEV/REUTERS

Neutralität und Unparteilichkeit des IKRK seien „ein Mittel zum Zweck“, eine Arbeitsweise, die es letztlich ermöglichen solle, Zivilisten zu helfen und ihr Leben zu retten.

Irène Herrmann, Geschichtswissenschaftlerin an der Uni Genf und Autorin eines Buches zur Geschichte des IKRK, bezeichnet die jüngsten Parteilichkeitsvorwürfe als „klassisch“. Schon im Ersten und im Zweiten Weltkrieg habe sich das IKRK immer wieder dafür rechtfertigen müssen, dass es mit allen Seiten gesprochen habe, auch mit offenkundigen Kriegsverbrechern, so Herrmann. Ihm sei sogar vorgeworfen worden, in seinen Fahrzeugen das Vernichtungsgas Zyklon B für die Nazis zu transportieren – „eine Anschuldigung, die später eindeutig widerlegt werden konnte“.

Dass es nun wieder schwere Vorwürfe gibt, so die Historikerin, zeige eigentlich, dass die Organisation wirklich versuche, unparteilich zu arbeiten. Zu dem möglicherweise geplanten Büro in Rostow sagt Herrmann: „Das entspricht der üblichen Vorgehensweise des IKRK. Sie brauchen Zentren, die es ihnen ermöglichen, nahe an den Opfern zu sein.“ Im Zweiten Weltkrieg habe die Organisation auch eine Basis in Berlin gehabt.

Doch nicht alle Beobachter nehmen das IKRK in Schutz. Der deutsche Politologe Carsten Wieland hat die Arbeit humanitärer Organisationen im Syrien-Krieg beobachtet. Sein jüngstes Buch thematisiert die „Neutralitätsfälle“, in die Helfer – auch das Rote Kreuz – in Syrien getappt seien. „Autoritäre Regime wie das von Baschar al-Assad oder eben auch Russland unter Putin versuchen, neutrale Organisationen für ihre Zwecke einzuspannen“, sagt er und verweist auf Moskaus Versuche, humanitäre Korridore nach Belarus oder Russland einzurichten – „ein zynisches Angebot“. Das sei nicht die Schuld der Helfer, sondern ein Dilemma. „Aber man muss schon die Frage stellen, ob humanitäre Organisationen hart genug mit den Kriegsakteuren verhandeln – oder ob sie sich zu schnell auf Angebote und Bedingungen von Autokraten einlassen, um den leichteren Weg zu gehen.“

Bei seinen Recherchen hat Wieland mit Diplomaten gesprochen, die der Ansicht sind, dass das IKRK Leute wie Assad nicht hart genug angehe. Kritik an Menschenrechtsverletzungen höre man selten vom Roten Kreuz (aber auch von anderen Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen). „Das sind politisch-strategische Entscheidungen“, sagt Wieland. Fraglich sei, ob Helfer auf die zurückhaltende Art mehr bewirken können, als wenn sie entschiedener Kritik an den Kriegsakteuren über würden.

Der ukrainische Journalist Maxim Eristavi, der derzeit den TV-Sender Hromadske mitgegründet hatte und mittlerweile in Prag lebt, hat aus Protest gegen das Vorgehen des Internationalen Roten Kreuzes mittlerweile eine Petition gestartet und mehrere Tausend Unterschriften gesammelt. Die Organisation, die Millionen Spendengelder gesammelt habe, sei nicht transparent, was ihren Einsatz im Kriegsgebiet angehe, sagte er der SZ. „Warum organisieren sie keine Fluchtkorridore? Wo sind ihre Leute etwa in Mariupol, wo sie besonders gebraucht werden? Warum kommunizieren sie so gut mit Moskau, aber schlecht mit Kiew?“ Eristavi beklagt, dass das Rote Kreuz die Deportationen nicht beim Namen nenne, nicht klar sage, dass Moskau damit gegen die Genfer Konvention verstoße. „Sie betreiben jetzt Schadensvermeidung beim IKRK“, sagt er. Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine habe bereits Ermittlungen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgenommen, sagt er, aber tröstlich findet er das nicht.